Stadt Kamen **Niederschrift**

PSV

über die
1. Sitzung des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses
am Donnerstag, dem 21.02.2019
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:40 Uhr

Anwesend

SPD
Herr Denis Aschhoff
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Herr Klaus Kasperidus
Herr Martin Köhler
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Ursula Müller
Herr Bastian Nickel
Herr Peter Resler
Herr Klaus Slomiany

CDU
Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Ernst-Dieter Standop
Herr Martin Wilhelm

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Dörlemann
Herr Stefan Helmken

DIE LINKE / GAL
Herr Friedhelm Schaumann

FW/FDP
Frau Heike Schaumann

Sachverständige gem. Beschluss des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses
Herr Winfried Borgmann
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Ulrich Lenz

Verwaltung
Herr Matthias Breuer
Frau Monika Holtmann
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Andrea Strauß

Entschuldigt fehlten
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Maurice Keßler
Herr Heinrich Kissing
Herr Marian-Rouven Madeja
Herr Klaus Michallik
Herr Karl-Heinz Stoltefuß
Frau Sonja Wundrock

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 21.02.2019 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses, begrüßte die Anwesenden, die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Aufgrund der großen Zuschauerzahl schlug er vor Eintritt in die Tagesordnung vor, den Tagesordnungspunkt Mitteilung der Verwaltung und Anfragen auf die zweite Stelle der Tagesordnung vorzuziehen. Das Interesse an der Beantwortung der Anfrage zum Thema „Öffnung des Bewirtschaftungsweges des Lippeverbandes entlang des Mühlbachs zwischen Westfälischer Straße und Bergstraße“ sei u.a. sehr groß.

Die anwesenden Ausschussmitglieder stimmten der Änderung zum Ablauf der Tagesordnung zu.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
3	Klimaschutzteilkonzept Nahmobilität für die Stadt Kamen hier: Beschluss	012/2019
4	Aufstellung des Regionalplans Ruhr – Beteiligung gem. § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPlG NRW) hier: Stellungnahme der Stadt Kamen	015/2019
5	Entwurf des Handlungsprogramms zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr hier: Stellungnahme der Stadt Kamen	014/2019

6	Novellierung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen	013/2019
7	Bauvorhaben im Stadtgebiet	
8	Antrag zur Schaffung baurechtlicher Grundlagen Sportplatz Heimstraße hier: Antrag der CDU-Fraktion	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Herr **Jung** erkundigte sich nach dem Verfahrensstand zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kamen und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 78 Ka „Wohnen am Fluss“.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass die Verwaltung derzeit mit Hochdruck an der Aufstellung des Bebauungsplanes, sowie der Änderung des Flächennutzungsplanes arbeite. Voraussichtlich im Laufe des ersten Halbjahres 2019 würden diese Themen im Planungs- und Straßenverkehrsausschuss wieder behandelt werden. Er bot Herrn **Jung** einen detaillierten Austausch zu der Thematik im Rahmen eines persönlichen Gespräches außerhalb der Sitzung an.

Auf Nachfrage zum Sachstand „Öffnung des Unterhaltungsweges am Mühlbach zwischen Westfälische Straße und Bergstraße für den Radverkehr“ von Herrn Günter **Kunert**, führte Herr **Dr. Liedtke** aus, dass es z. Z. keine Planungen für eine Umsetzung des Vorhabens geben würde. Erkenntnisse in Bezug auf Zusagen der Stadt Kamen gegenüber den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke seien ihm nicht bekannt. Nach Prüfung der Aktenlage gebe es keine schriftlichen Zusagen, Verträge oder ähnliches bei der Stadt Kamen. Die Stadt Kamen habe den Lippeverband um Prüfung gebeten. Sobald eine Rückmeldung des Lippeverbandes vorliegen würde, ergehe eine schriftliche Information an die Mitglieder des Planungs- und Straßenverkehrsausschusses der Stadt Kamen.

Zu TOP 2.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

2.1 Mitteilung der Verwaltung

2.1.1 Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema „Öffnung des Unterhaltungsweges am Mühlbach zwischen Westfälische Straße und Bergstraße für den Radverkehr“

Herr **Dr. Liedtke** verwies in dieser Angelegenheit auf die Beantwortung unter TOP 1.

Mitteilung der Verwaltung:
Zwischenzeitlich teilten Emschergenossenschaft / Lippeverband auf Anfrage der Verwaltung mit, dass es von Seiten des Lippeverbandes nach heutiger Kenntnis keine Zusagen bzw. vertragliche Regelungen gegeben habe, die im Abschnitt zwischen Bergstraße und Westfälische Straße in Kamen-Heeren-Werve die Öffnung als Fuß- und Radweg ausschließen würde.

2.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion zum Baustelleninformationssystem

Anhand der Präsentation erläuterte Herr **Dr. Liedtke** das nunmehr ausgeweitete Verfahren zur Information über wesentliche Baustellen im Stadtgebiet. Es werde über Pressemitteilungen an die Lokalpresse informiert. Diese Pressemitteilungen würden darüber hinaus auf der Homepage der Stadt Kamen (Rubrik Pressemitteilungen) sowie über die Stadt Kamen App veröffentlicht. Bei der Vielzahl von Baustellengenehmigungen (> 600 im Jahr) sei es nicht leistbar, alle Maßnahmen darzustellen. Die Stadt Kamen beschränke sich auf die Baustellen, die sich wesentlich auf die Verkehrsführung auswirken würden.

Herr **Wilhelm** machte darauf aufmerksam, dass auch eine interne Koordinierung erforderlich sei. Beispielhaft nannte er, dass bei der Sperrung der Heerener Straße auch der Radweg entlang der Derner Straße durch Baumpflegearbeiten gesperrt gewesen sei und der Radfahrer keinen Radweg habe nutzen können.

Herr **Dr. Liedtke** entgegnete, dass die Informationen auch dem Baubetriebshof zur Verfügung stehen würden.

Herr **Lipinski** wies darauf hin, dass unter diesem Tagesordnungspunkt nicht in Diskussionen eingetreten werden solle.

Das von Herrn Dr. Liedtke vorgestellte Verfahren zur Veröffentlichung von eingerichteten Baustellen wurde von Herrn **Diederichs-Späh** als sehr erfreuliche Entwicklung bewertet.

In diesem Zusammenhang erkundigte sich Herr **Diederichs-Späh** nach dem Stand der vom Kreis Unna im Jahre 2018 priorisierten und angekündigten 3 Baumaßnahmen. Die Maßnahme Hilsingstraße sei 2018 abgewickelt worden. Darüber hinaus seien für die Straße „Am Langen Kamp“ zwei Baumaßnahmen angekündigt gewesen. Darüber sei nicht informiert worden.

Grundsätzlich führe der zuständige Baulastträger die Straßenbaumaßnahmen durch, entgegnete Herr **Dr. Liedtke**. Das sei in diesem Fall der Kreis Unna. Die Verwaltung erhalte Kenntnis von Baumaßnahmen, wenn Bauarbeiten im Bereich von öffentlichen Verkehrsflächen auf Kamener Stadtgebiet durchgeführt und verkehrsrechtliche Anordnungen beantragt würden. Das bedeute nicht, dass immer eine Abwicklung der Baumaßnahmen wie beantragt erfolge. Manchmal würden Baustellen auch später eingerichtet als beantragt worden sei, z.B. bei witterungsbedingten Verzögerungen des Baubeginns, verspäteter Baubeginn durch Verzögerungen auf einer anderen Baustelle.

2.1.3 Baumaßnahme Nordring

Heute sei die von allen Beteiligten (Landesbetrieb Straßen NRW, Kreis Unna, Stadt Kamen) unterschriebene Bauvereinbarung zur Maßnahme „Nordring“ bei der Stadt Kamen eingetroffen, informierte Herr **Dr. Liedtke**. Derzeit werde die Ausschreibung vorbereitet. Die Veröffentlichung der Ausschreibung soll in Kürze erfolgen. Der Baubeginn sei noch im Frühjahr 2019 vorgesehen.

2.1.4 Förderantrag Industriedenkmal Monopol

Die Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur habe einen Zuwendungsantrag für die denkmalgerechte Sanierung des Fördergerüstes und der Fördermaschinenhalle zum Städtebauförderprogramm 2019 eingereicht, teilte Herr **Dr. Liedtke** mit. Die Gesamtkosten seien mit rd. 3,8 Mio. € kalkuliert worden. Es handele sich um eine 100 % Förderung. Dies sei eine gute Nachricht. Die Stadt Kamen hoffe gemeinsam mit der Stiftung auf eine Bewilligung der beantragten Fördermittel Mitte 2019.

2.1.5 Fahrbahnreparaturen Sesekedamm u. Westenmauer

Anhand von Lageplänen erläuterte Herr **Dr. Liedtke**, dass bei den gekennzeichneten Bereichen der Straßen Sesekedamm (ca. 180 qm) und Westenmauer (rd. 360 qm) jeweils Oberflächenreparaturen durchgeführt werden sollen. Die Beauftragung sei im Herbst 2018 erfolgt. Die Kosten würden rd. 65.000 € betragen.

2.2 Anfragen

2.2.1 Anfragen der CDU-Fraktion

Herr **Dr. Liedtke** wies darauf hin, dass die Anfragen unter TOP 2.1.1 u. 2.1.2 durch die Verwaltung beantwortet worden seien.

2.2.2 Erhebung von Straßenbaubeiträgen für den Ausbau der Germaniastraße

Herr **Heidler** erkundigte sich, nachdem er mit den im Zuschauerbereich anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern der Bürgerinitiative aus der Germaniastraße gegen Straßenbaubeiträge Rücksprache genommen hatte, wie ein möglicher Landtagsbeschluss zur Abschaffung von Straßenbaubeiträgen nach § 8 KAG sich auf bereits erhobene Beiträge auswirken könne. Insbesondere seien mögliche Erstattungsansprüche in diesem Zusammenhang von Interesse, bei Abschaffung zu einem gewissen Stichtag.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass er dazu keine Aussage treffen könne, da dies von der gesetzlichen Regelung oder entsprechenden Rechtsverordnung abhängig sei. Eine Vorhersage sei nicht möglich. Er selbst sei gespannt, wie die Entscheidung des Landtages aussehen werde. Sollte die Landesregierung die Beitragspflicht per Gesetz abschaffen und auch per Gesetz eine Rückzahlung bereits geleisteter Beiträge verordnen, würden Beiträge nach Recht und Gesetz zurückgezahlt. Darüber hinaus teilte er mit, dass bisher noch keine Beitragsberechnungen für die Straßenbaubeiträge Germaniastraße vorliegen würden.

2.2.3 Parkplatz Germaniastraße

Herr **Diederichs-Späh** wies darauf hin, dass der Parkplatz an der Germaniastraße (gegenüber Haus Nr. 55) stark vermüllt sei. Darüber hinaus erkundigte er sich, ob und wann die Baumreihe in diesem Bereich erneuert werde.

Herr **Dr. Liedtke** sagte Herrn Diederichs-Späh eine Rückmeldung per E-Mail zu.

2.2.4 Verkehrssituation Henry-Everling-Straße (neuer Logistikstandort)

Herr **Wilhelm** bat die Verwaltung darum, mit P 3 Gespräche zu führen. Zum einen sei die Ausschilderung für die Anlieferung zu optimieren, da Lkw häufig im Kurvenbereich parken würden. Darüber hinaus habe er beobachtet, dass der Kurvenbereich, wo sich derzeit auch eine provisorische Bushaltestelle befinde, insbesondere gegen 23 Uhr (Schichtwechsel), auch von Hol- und Bringverkehren als Parkfläche genutzt werde.

Dazu führte Herr **Dr. Liedtke** aus, dass sich absehbar durch den Abriss der Metro-Gebäude die Situation vor Ort in Gänze ändern werde, so dass er aktuell keinen weiteren Handlungsbedarf sehe. Darüber hinaus informierte er in diesem Zusammenhang, dass der Neubauantrag im 1. Quartal 2019 erwartet werde.

Anfrage einer Zuschauerin

Herr **Lipinski** wies die Zuschauerin, die eine Anfrage stellen wollte, darauf hin, dass die Geschäftsordnung zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen Dritter zulasse. Er bat sie darum, die Anfrage im Anschluss an die Sitzung direkt an die Verwaltung zu stellen oder sich später diesbezüglich mit der Verwaltung in Verbindung zu setzen.

2.2.5 Rissbildung Nordenmauer, Bereich Severinshaus

Auf Nachfrage von Herrn **Standop** erklärte Herr **Dr. Liedtke**, dass es keinen neuen Sachstand dazu gebe.

Zu TOP 3.
012/2019 Klimaschutzteilkonzept Nahmobilität für die Stadt Kamen
hier: Beschluss

Mit dem vorliegenden Nahmobilitätskonzept für die Stadt Kamen sei die Maßnahme 11 des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Kamen umgesetzt worden, erklärte Herr **Breuer**. Des Weiteren verwies er auf die Berichte im Planung- und Straßenverkehrsausschuss sowie im Umwelt- und Klimaschutzausschuss. Darüber hinaus sei der Entwurf des Konzeptes Anfang November zur weiteren Beratung an die Ausschuss- und Ratsmitglieder übermittelt worden. Die Verwaltung habe keine Änderungswünsche zum vorgelegten Entwurf erhalten und schlage die Beschlussfassung vor.

Das vorgelegte Konzept habe begeistert, erklärte Herr **Kasperidus**. Es sei sehr umfangreich und detailliert. Die Handlungsfelder seien systematisch dargestellt. Sehr gut habe er auch die Einlassung zu Hastsperren und -gittern gefunden. Das Konzept stelle eine gute Grundlage für den weiteren Ausbau, die Erneuerung sowie die Verbesserung der Infrastruktur im Bereich Nahmobilität dar. Die SPD-Fraktion werde dem vorliegenden Konzept zustimmen.

Frau **Dörlemann** hob hervor, dass die Maßnahmen übersichtlich in Tabellenform dargestellt worden seien. Besonders positiv sei es, dass eine Evaluation vorgesehen sei. Auch ihre Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Für die CDU-Fraktion signalisierte Herr **Diederichs-Späh** ebenfalls die Zustimmung. Zum vorliegenden Entwurf merkte er positiv an, dass das Konzept auch kritische Anmerkungen enthalte. Beispielhaft nannte er das Thema Radwegebenutzungspflicht bei straßenbegleitenden Radwegen bei Straßen mit zulässigen Höchstgeschwindigkeiten von 30 km/h (z.B. Hammer Straße, Unnaer Straße – S. 38 des Entwurfes). Diese Thematik sei auch im Rahmen der Lärmaktionsplanung diskutiert worden. Hier stelle sich die Frage des Zusammenspiels der beiden Aktionspläne. Auf Seite 22 werde die Problematik des Knotenpunktes Robert-Koch-Straße / Lortzingstraße / Lindenallee / Einsteinstraße angesprochen. Hierzu sei überparteilich ein Prüfauftrag zur Einrichtung eines Kreisverkehres an die Verwaltung erteilt worden. Dieser Hinweis fehle im Konzept.
Unverständlich sei, dass der Anschluss an Nachbarstädte nur im geringen Umfang aufgegriffen worden sei, zumal das beauftragte Büro auch für Nachbarstädte ähnliche Konzepte aufgestellt habe. Er vermisse eine über die Stadtgrenzen hinausgehende Betrachtung. Zudem würde die Angabe über den Umsetzungszeitraum fehlen. Auch das Thema „Mobilstationen“ sei nicht im Konzept enthalten. Des Weiteren wünsche er sich noch eine konkretisierte Aussage zu den Auswirkungen auf die CO^2-Bilanzierung. Besonders positiv seien die Vorgaben zu Radwegebreiten, Einbau von Asphalt, die Ausstattung mit Beleuchtung und Einrichtung eines Winterdienstes zu erwähnen. Die Neuorganisation des Radverkehrs in den Bereichen Robert-Koch-Straße sowie Königstraße (Scharfes Eck) würden ausdrücklich begrüßt.

Herr **Kasperidus** entgegnete, dass es nicht Aufgabe eines Kamener Konzeptes sei, die Radwegerouten von Nachbarkommunen darzustellen. Die Anbindung an Nachbarkommunen sei im Konzept dargestellt, das sei ausreichend. Die Aufstellung eines konkreten Zeitplanes mit Priorisierung sei seiner Meinung nach nicht zielführend. Eine Überplanung der Verkehrsfüh-

rung bei geplanten Straßenbaumaßnahmen mache Sinn und sei zielführend. Aufgrund vorliegender Erfahrungen zur Verkehrsführung von Radfahrern (z.B. in Kreisverkehren) seien einige Themen weiter zu diskutieren.

Für die Fraktion FDP/FW erklärte Frau **Schaumann** die Zustimmung zu dem vorliegenden, ihrer Meinung nach ganzheitlichen, Konzept. Nicht alle Maßnahmen würden mitgetragen, aber der ganzheitliche Ansatz werde begrüßt. Darüber hinaus gehe sie davon aus, dass die Einzelmaßnahmen im Fachausschuss vorgestellt würden.

Herr **Schaumann** sprach sich auch für das vorliegende Konzept aus. Er erkundigte sich, ob der Radwegelückenschluss Mühlbach mit dem Konzept beschlossen werde. Die Öffnung des Unterhaltungsweges für den Radverkehr zwischen Bergstraße und Westfälischer Straße werde von ihm sehr begrüßt.

Aus dem Konzept könne der Bau des Lückenschlusses nicht abgeleitet werden, sagte Herr **Dr. Liedtke**.

Herr **Lipinski** ergänzte, dass Details zur Umsetzung des Konzeptes durch einzelne Projekte den Ausschuss zu gegebener Zeit erreichen würden und in diesem Zusammenhang die Möglichkeit der weiteren Besprechung und Diskussion gegeben werde.

Als sachkundiger Bürger des ADFC erklärte Herr **Lenz,** dass das Konzept zur Verbesserung des Radverkehrs sehr begrüßt werde und die dargestellten Maßnahmen unterstütz würden. Insbesondere die Einrichtung von Schutzstreifen könne er aus eigener Erfahrung nur begrüßen, denn der Radfahrende fühle sich sicherer.

Beschluss:

Der Planungs- und Straßenverkehrsausschuss der Stadt Kamen beschließt das Klimaschutzteilkonzept Nahmobilität als Grundlage für die weitere Entwicklung der Nahmobilität mit dem Ziel der Erhöhung des Fuß- und Radverkehrsanteils am Modal Split der Stadt Kamen.

Die Verwaltung wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Der Planungs- und Straßenverkehrsausschuss ist regelmäßig zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
015/2019

Aufstellung des Regionalplans Ruhr – Beteiligung gem. § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPlG NRW)
hier: Stellungnahme der Stadt Kamen

Herr **Breuer** erläuterte die vorliegende Beschlussvorlage. Der Fachausschuss habe sich bereits mehrfach mit der Thematik auseinandergesetzt; so habe zuletzt Herr Kozik vom Kreis Unna zum Thema im Februar 2018 referiert. Zudem sei eine umfängliche Information mit weiterführenden Links am 11.10.2018 an die Rats- und Ausschussmitglieder per E-Mail über das Ratsbüro versandt worden. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens sei von der Stadt Kamen als betroffene Kommune eine Stellungnahme bis zum 01.03.2019 abzugeben. In den allgemeinen Punkten orientiere sich die Stellungnahme der Stadt Kamen eng an der Stellungnahme des Kreises Unna.

Herr **Diederichs-Späh** erklärte die Zustimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage. Er wies darauf hin, dass der Regionalplan eine Laufzeit von 25 Jahren habe. Das Thema sei sehr umfangreich dargestellt und diskutiert worden. Besonders wichtig sei ihm in diesem Zusammenhang die Frage, ob das im 2. Nachhaltigkeitsbericht des Kreises Unna dargestellte Flächenverbrauchslimit bis 2035 im Regionalplan berücksichtigt worden sei. Der Aspekt der regionalen Kooperationsstandorte werde sehr begrüßt. Die Forderung, eine neue Anbindung rund um die BAB-Anschlussstelle Kamen-Zentrum zu schaffen, werde ausdrücklich befürwortet. Mit Blick auf den Kohlekompromiss zeichne sich ab, dass zahlreiche Gewerbe- und Kraftwerksflächen absehbar frei würden. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob diese Flächenentwicklung im Regionalplan berücksichtigt worden sei. Des Weiteren erkundigte er sich, ob Informationen zur Verlegung einer Hochspannungsleitung im Bereich Dortmund vorliegen würden, da auch Kamen tangiert sein könnte, da entlang der Trasse ein Bereich in einer Breite von 600 m freizuhalten sei.

Zu letzterem Punkt erklärte Herr **Dr. Liedtke**, dass dazu keine Informationen vorliegen würden.

Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, sagte Herr **Kasperidus.** Die vorliegende Stellungnahme sei mit dem Kreis Unna abgestimmt und gehe auf die für Kamen wichtigen Belange ein. Besonders begrüßt werde die Forderung der Neuordnung der BAB-Anbindung Kamen-Zentrum.

Herr **Kühnapfel** erklärte, dass der NABU eine eigene Stellungnahme zum Regionalplan abgegeben habe. Er werde auf die Details nicht weiter eingehen. Zur Stellungnahme der Stadt Kamen merkte er an, dass aus Sicht des NABU das Zusammenwachsen von Ortsteilen und die damit verbundene Vernichtung von Freiflächen kritisch gesehen werden. Die Herausnahme der Feldflure aus dem Wohnbaupotential werde dagegen positiv beurteilt.

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte, dass zwischen Westick und Kaiserau ein räumlicher Zusammenhang hergestellt werden solle, um Westick nicht als Splittersiedlung dastehen zu lassen. Es sei nicht Ziel, einen baulichen Lückenschluss zwischen Westick und Kaiserau herzustellen. Die Darstellung im Regionalplan solle nur als Grundlage für die Bauleitplanung dienen.

Herr **Heidler** merkte an, dass durch den Regionalplan Grundlagen für die Entscheidungen auf kommunaler Ebene geschaffen werden. Die Kommunalpolitik müsse im Rahmen dieser Vorgaben ihren Spielraum nutzen. Dies geschehe verantwortungsbewusst.

Beschluss:

Der Planungs- und Straßenverkehrsausschuss der Stadt Kamen beschließt die nachstehende Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Ruhr. Nach Beschluss wird die Stellungnahme umgehend an den Regionalverband Ruhr (RVR) als Planungsbehörde übermittelt.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
014/2019

Entwurf des Handlungsprogramms zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr
hier: Stellungnahme der Stadt Kamen

Im Rahmen der Erarbeitung des Regionalplanes seien viele Themen bearbeitet und aufgegriffen worden, die inhaltlich nicht in diesem berücksichtigt werden konnten, sagte Herr **Breuer**. Damit diese Dinge nicht untergehen, sei von der Möglichkeit Gebrauch gemacht worden, diese in das Handlungsprogramm zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr aufzunehmen. In Abgrenzung zum Regionalplan, der ein formales Planwerk darstelle, handele es sich hierbei um ein informelles Planwerk. Eine regelmäßige Fortschreibung dieser Sammlung von regionalen Themen sei geplant. Die in der Beschlussvorlage angegebene Stellungnahme sei ebenfalls mit dem Kreis Unna abgestimmt.

Herr **Diederichs-Späh** teilte mit, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Die Aussagen zum Thema Mobilität werden ausdrücklich befürwortet. Insbesondere die Einrichtung von Mobilstationen werde begrüßt.

Auf die Nachfrage von Frau **Dörlemann**, erläuterten Herr **Breuer** und Herr **Liedtke**, die Zuständigkeiten für die Entscheidung der Tarife, die derzeit bei den Verkehrsverbünden liegen. Aufgabenträger für die Aufstellung des Nahverkehrsplanes sei der Kreis Unna. Der Kreis Unna solle in die Entscheidungen einbezogen werden. Vorhandene Strukturen in Bezug auf die Zuordnung zu den verschiedenen Verkehrsverbünden seien durch politische Entscheidung vorgenommen worden. Der RVR könne dies nicht abändern.

Beschluss:

Der Planungs- und Straßenverkehrsausschuss der Stadt Kamen beschließt die nachstehende Stellungnahme zum Entwurf des Handlungsprogramms zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr. Nach Beschluss wird die Stellungnahme umgehend an den Regionalverband Ruhr (RVR) als Planungsbehörde übermittelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
013/2019 Novellierung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass der Planungs- und Straßenverkehrsausschuss mit der Mitteilungsvorlage über die derzeit wesentlichen Änderungen informiert werde. Weitere Ausführungsvorschriften würden im Laufe des Jahres 2019 noch erwartet. Er nannte einige Beispiele zur Veranschaulichung (z B. Abbruch genehmigungsfrei).

Herr **Heidler** prognostizierte, dass der Bürokratieabbau sich nicht wie geplant umsetzen lasse. Die Genehmigungsfreiheit könne auch neue Problematiken schaffen.

Frau **Schaumann** beurteilte die Entbürokratisierung im Baubereich positiv.

Herr **Kasperidus** betrachtete die Änderungen durchaus skeptisch, da den Bauherren viel in Eigenverantwortung überlassen werde. Die Problematik von Nachbarschaftsstreitigkeiten könnte vermehrt auftreten.

Abschließend bemerkte Herr **Lipinski**, dass die Auswirkungen der neuen Bestimmungen sicherlich den Ausschuss erreichen würden.

Zu TOP 7.

Bauvorhaben im Stadtgebiet

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte anhand von Plänen über den Abriss sowie Neubau der Neuapostolischen Kirche Ecke Kämertorstraße / Reckhof. Der sakrale Neubau habe lt. vorgelegter Planung eine Höhe von max. 6,58 m. Eine neue Stellplatzanlage werde auf dem Grundstück errichtet.

Die Nachfrage von Frau **Dörlemann** zu den Baumaterialien konnte Herr **Dr. Liedtke** nicht beantworten.

Zu TOP 8.

Antrag zur Schaffung baurechtlicher Grundlagen Sportplatz Heimstraße
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Diederichs-Späh** erläuterte den vorliegenden Antrag seiner Fraktion. Seit mehreren Jahren werde die Position „Verkauf des Sportplatzgeländes Heimstraße“ im Haushalt der Stadt Kamen mit unterschiedlichen Zeitangaben und unterschiedlichen Werten etatisiert. Zuletzt mit einem Betrag von 1,6 Mio. € für das Jahr 2022. Im Rahmen der Fraktionsklausuren mit dem Kämmerer und der Bürgermeisterin habe seine Fraktion die Aufnahme dieser Haushaltsposition immer abgelehnt, da diese der Meinung sei, dass die Methleraner Vereine den Sportplatz benötigen würden. Insofern habe die CDU auch den Haushalt 2019 abgelehnt. Verschiedenste Aussagen über die Nutzungsmöglichkeiten für das Grundstück würden im Raum stehen (Wohnbebauung, Ansiedlung eines Discounters, Errichtung von Seniorenwohnungen). In letzter Konsequenz sei nunmehr zu überlegen, wie das Gelände genutzt werden soll, um die im Haushalt dargestellte Einnahme im Jahr 2022 zu ermöglichen. Zudem sei eine Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes mit erheblichem Zeit-

aufwand verbunden. Mit diesem Antrag solle der Einstieg in einen Planungs- und Denkprozess geschaffen werden. Dies sei die Intention.

Herr **Heidler** verwies auf die bereits vorangegangene Diskussion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu dieser Thematik. Es sei deutlich gemacht worden, dass es sich um eine Haushaltssicherungsposition handele. Eine Herausnahme aus dem Haushalt hätte nicht nur eine Kürzung der Einnahmenplanung in Höhe von 1,6 Mio. € bedeutet. Es hätten auch Ausgaben für die Ertüchtigung des Sportplatzes eingestellt werden müssen. Das sei nicht darstellbar gewesen. Insofern plädiere seine Fraktion dafür, erst einmal die Entwicklung der städtischen Finanzlage abzuwarten. Der zeitliche Druck werde nicht gesehen. Zudem werde ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Vereine und des Fußball- und Leichtathletikverbandes keine diesbezügliche Entscheidung getroffen. Abschließend wies er noch darauf hin, dass die Beratung dieses Antrages eigentlich in den Haupt- und Finanzausschuss gehören würde.

Frau **Schaumann** entgegnete, dass ihrer Ansicht nach der Planungs- und Straßenverkehrsausschuss der zuständige Fachausschuss für die Bauleitplanung sei. Eine Veräußerung des Grundstückes könne nur erfolgen, wenn Planungsrecht geschaffen werde. Die Gegenfinanzierung sei im Haushaltssicherungskonzept darzustellen. Mit Blick auf die Dauer von Planungsprozessen sei Handlungsbedarf gegeben, um eine entsprechende Einnahme in 2022 erzielen zu können.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erinnerte Frau **Dörlemann** an die Beratung im Rahmen der Entscheidung, die Sportplatzanlage Hemsack aufzugeben und in eine Wohnbaufläche umzuwandeln. Kritisiert worden sei, dass neben der Vernichtung von Frischluftschneisen auch wichtige Flächen für Freizeitsportaktivitäten nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Das wäre auch bei der Sportanlage an der Heimstraße so zu sehen und daher bedenklich. Dann werde es keine für den Freizeitsport zugänglichen Bereiche mehr geben.

Herr **Dr. Liedtke** verdeutlichte, dass mit dem beschlossenen Haushalt auch die Finanzplanungsposition „Veräußerung des Sportplatzgeländes Heimstraße“ fixiert worden sei. Sofern Handlungsbedarf gesehen werde, würde auch durch die Verwaltung reagiert werden. Derzeit werde aus Verwaltungssicht diese Handlungserfordernis nicht akut gesehen. Es sei eine Finanzplanungsposition, die derzeit den Haushalt absichere.

Herr **Heidler** bekräftigte, dass auch er derzeit keinen Handlungsbedarf sehe. Eine Änderung von Haushaltssicherungspositionen sei im Laufe der Zeit immer möglich.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die Schaffung der baurechtlichen Grundlagen, für die Fläche Sportplatzanlage Heimstraße/Germaniastraße, einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: bei 12 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt

B. **Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1.1 Mitteilungen der Verwaltung

Es ergaben sich keine Mitteilungen der Verwaltung.

1.2 Anfragen

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 19.40 Uhr.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Breuer
Schriftführer